

BESCHLUSS

des 61. Ord. Bundesparteitages der FDP, Köln, 24.-25. April 2010

Den Euro stabilisieren - die Lehren aus der griechischen Haushaltskrise ziehen

Wir müssen jetzt die Lehren aus der griechischen Haushaltskrise ziehen. Diese hat gezeigt, dass die Überschuldung selbst kleiner Mitgliedstaaten, die zum Bruttosozialprodukt EU wenig beisteuern, auf die gesamte Eurozone und die EU erhebliche negative Auswirkungen haben kann. Die EU und die Mitgliedstaaten müssen deshalb dauerhafte und einschneidende Maßnahmen ergreifen, um den Euro langfristig stabil zu halten. Nur so erhalten wir das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in unsere gemeinsame Währung.

Die Kriterien des Stabilitätspakts wurden in den letzten Jahren teilweise aufgeweicht und damit ihrer Glaubwürdigkeit beraubt. Auch Deutschland hat 2003 unter der damaligen rot-grünen Bundesregierung dazu beigetragen. Vor dem Hintergrund der Führungsrolle Deutschlands bei der Konzeption der Währungsunion war dies ein fatales Signal für andere Mitglieder der Eurozone.

Die christlich-liberale Bundesregierung muss jetzt einen entscheidenden Beitrag zur Rückgewinnung der Glaubwürdigkeit des Stabilitätspakts leisten. Für die Zukunft der Währungsunion wird es darauf ankommen, allen ihren Mitgliedern zu verdeutlichen, dass deren Regeln kein unverbindliches "gentleman's agreement" darstellen, sondern die verbindliche Rechtsgrundlage und die politische Geschäftsgrundlage der Währungsunion bilden.

Die Freie Demokratische Partei ist die Partei des stabilen Euro, der soliden Staatsfinanzen und des sorgsamem Umgangs mit Steuergeldern. Im Vordergrund müssen Maßnahmen zur besseren Prävention, zur Stärkung des Stabilitätspakts und seiner konsequenten Anwendung stehen.

Die außerordentlich hohen Sparanstrengungen der griechischen Regierung mit ihren durchgreifenden Auswirkungen auf die griechische Bevölkerung verdienen unseren Respekt. Sie müssen weiter konsequent durchgesetzt und fortgesetzt werden.

1. Bessere Prävention

- Die EU-Statistikbehörde EUROSTAT muss die Befugnisse und die Mittel bekommen, um von den Mitgliedstaaten übermittelte Daten wirkungsvoll überprüfen und eventuel-

le Auffälligkeiten der Europäischen Kommission und dem Rat melden zu können. Zum Schutz vor Manipulationen staatlicher Statistiken im Falle eines begründeten Verdachts soll EUROSTAT ein direktes Zugriffs- und Kontrollrecht auf alle öffentlichen Konten eingeräumt werden.

- Es muss ein effektiver Frühwarnmechanismus etabliert werden, der im Fall drohender Überschuldung von Staaten eine Warnung auslöst. Es darf nie wieder dazu kommen, dass Warnsignale von den verantwortlichen Institutionen nicht rechtzeitig genug ernst genommen werden.
- Wenn sich in einem Mitgliedstaat der Eurozone eine krisenhafte Überschuldung abzeichnet, soll bereits zu einem frühen Zeitpunkt ein Sonderbeauftragter der EU für die Überwachung der Einhaltung des Stabilitätspaktes entsandt werden. Er sollte der betreffenden Regierung beratend zur Seite stehen und regelmäßig dem Rat und der Kommission berichten. Auch im Fall Griechenlands sollte ein solcher Sonderbeauftragter entsandt werden.

2. Stärkung und effektivere Anwendung des Stabilitätspakts

- Der Stabilitäts- und Wachstumspakt ist grundsätzlich ein geeignetes Instrument, wurde aber leider nie konsequent angewandt. Es hat sich gezeigt, dass die Möglichkeit zur Verhängung eines Zwangsgelds alleine keine ausreichende Motivation zur Befolgung der Regeln des Pakts gewährleistet. Das Sanktionsinstrumentarium sollte daher ausgeweitet werden. Die Möglichkeit, Stimmrechte des betreffenden Mitgliedstaats auszusetzen, muss ebenso geprüft werden, wie die Kürzung von Zahlungen der EU an den betreffenden Staat. Nicht nur für übermäßiges Defizit, sondern auch für andere Verletzungen der Regeln der Eurozone, wie z.B. das Melden unzutreffender Wirtschaftsdaten, sollten künftig Sanktionen verhängt werden können.
- Auch sollten die Sanktionen zu einem früheren Zeitpunkt als bisher verhängt werden können, und nicht erst, wenn ein Staat am Rande der Zahlungsunfähigkeit steht und weitere Zahlungsverpflichtungen in der konkreten Situation keinen unmittelbaren Mehrwert bringen.
- Die Hürden für politische „Bremsmanöver“ gegen vom Rat zu verhängende Sanktionen sollten möglichst hoch gelegt werden, etwa durch Stärkung der Rolle der Europäischen Kommission oder durch zu veröffentlichende Berichte der EZB.

3. Maßnahmen bei künftigen Erweiterungen der Eurozone

- Politisches Ziel muss sein, dass in Zukunft nur noch solche Staaten in die WWU aufgenommen werden, die eine dauerhafte stabilitäts- und konvergenzorientierte Wirtschafts- und Finanzpolitik führen und auch auf den Erhalt und Ausbau ihrer Wettbewerbsfähigkeit achten. Daher sollte vor Aufnahme in die WWU ein längeres, z.B. 5-jähriges Monitoringverfahren durchgeführt werden. Damit könnte weitgehend vermieden werden, dass in Zukunft Staaten die Aufnahme in die Währungsunion nur durch kurzfristige und nicht nachhaltige Kraftanstrengungen oder durch zeitweise Verschiebungen bei Einnahmen oder Ausgaben erlangen.

- Das eindeutige Bekenntnis zu den Kriterien des Stabilitätspakts muss auch den potentiellen Beitrittsländern zur Eurozone klar vermittelt werden. Künftig dürfen keine politischen "Rabatte" in Hinblick auf die Kriterien des Stabilitätspakts mehr gewährt werden.

4. Koordinierung der Wirtschaftspolitiken aber keine Wirtschaftsregierung

- Die Mitglieder der Währungsunion haben eine besondere Verantwortung, eine solide Wirtschafts- und Haushaltspolitik zu führen, die auf Konvergenz ausgerichtet ist. Da die Mitglieder der Währungsunion nicht mehr die Möglichkeit haben, Ungleichgewichte durch Abwertung ihrer nationalen Währungen abzubauen, sollten gravierende Ungleichgewichte möglichst vermieden werden; die Wirtschaftspolitiken der Mitgliedstaaten sollten möglichst von den gleichen Grundannahmen ausgehen. Eine bessere Koordinierung der Wirtschaftspolitiken ist deshalb anzustreben.
- Wenn die Mitgliedstaaten ihren Wohlstand halten wollen, müssen sie im selben Maße auf den Erhalt und Ausbau ihrer Wettbewerbsfähigkeit achten. Vorschläge, dass etwa die wettbewerbsfähigeren Staaten eine „Konvergenz“ durch bewusste Schwächung ihrer Wettbewerbsfähigkeit erreichen sollten, führen daher in die Irre. Stattdessen muss Deutschland seine Inlandsnachfrage durch eine liberale Wirtschaftspolitik stärken. Die Mitglieder der Eurozone bilden kein in sich geschlossenes „Nullsummenspiel“ sondern müssen sich dem internationalen Wettbewerb stellen. Ein Wettbewerb solide wirtschaftender Volkswirtschaften in der Eurozone ist daher aus Sicht der FDP durchaus erwünscht. Wir lehnen daher die Schaffung einer Europäischen Wirtschaftsregierung ab.

5. Keine Transferunion

- Die Währungsunion wurde bewusst nicht als „Transferunion“ ausgestaltet, da sie weder finanzierbar noch gerecht noch volkswirtschaftlich im Interesse des Erhalts der Wettbewerbsfähigkeit und damit unseres Wohlstands in Europa wäre. Eine schleichende Umwandlung der Eurozone in eine Transferunion wird von den Menschen in unserem Land, aber auch in anderen Mitgliedstaaten damit aus guten Gründen strikt abgelehnt. Die Freie Demokratische Partei bleibt ihrem wirtschafts- und ordnungspolitischen Erbe verpflichtet und lehnt alle Ansätze ab, die dazu führen könnten, dass die Eurozone sich in eine Transferunion verwandelt.
- Wir halten am Prinzip der Eigenverantwortung der Mitglieder der Eurozone fest. Würde hingegen der Fokus auf die Schaffung von institutionalisierten Rettungsmechanismen für Staaten gelegt, die über längere Zeit hinweg über ihre Verhältnisse gelebt haben, würde der Anreiz für solides Wirtschaften noch geringer werden. Die Maßnahmen zur Bewältigung der Bankenkrise haben die öffentlichen Haushalte mit bis dahin unvorstellbaren Summen belastet, den Schuldenstand in allen Mitgliedstaaten stark in die Höhe getrieben und jahrzehntelange Sparanstrengungen in nur zwei Jahren vernichtet. Die Politik muss mit großer Verantwortung handeln, um künftigen Generationen die politischen Handlungsspielräume nicht zu nehmen. Deswegen muss der Stabilitätspakt ergänzt werden, damit Krisen in der Zukunft verhindert werden und der Euro stabil bleibt.

Der Euro war bis heute eine Erfolgsgeschichte und hat sich gerade in der Wirtschafts- und Finanzkrise bewährt. Deshalb hat die Freie Demokratische Partei als die Europapartei eine besondere Verantwortung für unsere gemeinsame Währung. Nur mit einer klaren wirtschafts- und ordnungspolitischen Linie wird die Währungsunion auch in Zukunft funktionieren können, werden sich Krisen vermeiden lassen und werden die Menschen in Europa auch in Zukunft ihren Wohlstand halten können. Die FDP bleibt der Garant hierfür.